

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 21. November 2011
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	35, 36	Herzog, Gustav (SPD)	74, 75, 76, 77
Bas, Bärbel (SPD)	66, 67	Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	49
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7	Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	6
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	62, 68	Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26
Brehmer, Heike (CDU/CSU)	27, 28	Hoppe, Thilo (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	69	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	11
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	78
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	2	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	87, 88
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64	Kelber, Ulrich (SPD)	50
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	47, 48	Kipping, Katja (DIE LINKE.)	51
Duin, Garrelt (SPD)	25	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71
Edathy, Sebastian (SPD)	3	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	4	Kramme, Anette (SPD)	52
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	53, 54
Fograscher, Gabriele (SPD)	8, 9	Kühn, Stephan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80, 81, 82
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	14
Gloser, Günter (SPD)	5	Lay, Caren (DIE LINKE.)	15, 16
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	86	Lühmann, Kirsten (SPD)	83
Gunkel, Wolfgang (SPD)	37, 38	Marks, Caren (SPD)	65
Hagemann, Klaus (SPD)	10	Maurer, Ulrich (DIE LINKE.)	32
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 59	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	40

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Neskovic, Wolfgang (DIE LINKE.)	17, 18	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	72, 73
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58	Schwartze, Stefan (SPD)	21, 22, 23, 24
Pau, Petra (DIE LINKE.)	19, 20	Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.)	56
Paula, Heinz (SPD)	55, 84, 85	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41	Wagenknecht, Sahra (DIE LINKE.)	34
Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	42	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	57
Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	60, 61	Zypries, Brigitte (SPD)	43, 44, 45, 46

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 24. November 2011

Nach sorgfältiger Abwägung ist die Bundesregierung zu dem Ergebnis gelangt, dass die erbetene Auskunft geheimhaltungsbedürftig ist.

Die Firmen können aus zwingenden Gründen des Nachrichtenzugangs nicht genannt werden. Bei einer Offenlegung wären die Aufgabenerfüllung und die Funktionsfähigkeit der Nachrichtendienste nicht gewährleistet. Zudem könnten durch eine Offenlegung haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter enttarnt werden, wodurch eine nicht zu kalkulierende Gefährdung der Mitarbeiter zu besorgen wäre.

Die Anfrage zielt auf Einzelheiten tatsächlicher oder vermuteter nachrichtendienstlicher Aktivitäten, die grundsätzlich nicht öffentlich dargestellt werden können. Aus ihrer Offenlegung könnten sowohl staatliche Akteure anderer Länder als auch nichtstaatliche Akteure Rückschlüsse auf Strategie, Arbeitsweise und Fähigkeiten der Nachrichtendienste ziehen. Im Ergebnis würde die Offenlegung die Funktionsfähigkeit unserer Sicherheitsbehörden und damit die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Um dem Informationsrecht des Parlaments bei gleichzeitiger Wahrung zwingender Geheimhaltungsinteressen zu entsprechen, hat die Bundesregierung die erbetenen Informationen als „VS-Geheim“ eingestufte Verschlusssache an die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Einsicht durch entsprechend berechtigte Personen gemäß den Geheimschutzvorschriften übersandt.

19. Abgeordnete
Petra
Pau
(DIE LINKE.)
- Besteht die 1992 eingerichtete „Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer/-terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte“ (IGR), die sich aus Vertretern von BfV, BKA, Generalbundesanwaltschaft, MAD, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz) sowie Mitarbeitern der jeweils zuständigen Landesbehörden (Landesämter für Verfassungsschutz, Landeskriminalämter, Innen- und Justizministerien) zusammensetzt, weiterhin, und zu welchen Themenstellungen hat sie Sitzungen durchgeführt (bitte genau auflisten)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 23. November 2011

Die Themenschwerpunkte der im Jahr 1992 eingerichteten IGR umfassten Lagedarstellungen, spezifische Entwicklungen insbesondere der neonazistischen Szene, Möglichkeiten der Optimierung der Zusammenarbeit insbesondere im Hinblick auf die Initialisierung von Auswerteprojekten, wie beispielsweise zur Kameradschaftsszene, sowie internationale Aspekte. Die Sitzungen der IGR wurden in unregelmäßigen Abständen in der Regel ein- bis zweimal jährlich letztmalig im Jahr 2007 durchgeführt. Im Hinblick auf eine weitere Intensivierung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit im Bereich Rechtsextremismus wurde bereits im vergangenen Jahr eine

strukturelle Veränderung der Gremienarbeit eingeleitet. In diesem Zuge beabsichtigt die IMK eine „Koordinierungsgruppe PMK-rechts (KG PMK-rechts)“ neu einzurichten. Damit soll die Zielrichtung auf alle gewaltbereiten Personen des rechten Spektrums erweitert werden, unabhängig davon, ob ihre Taten als extremistisch oder gar terroristisch zu bewerten sind. Auch sollen nicht ausschließlich strukturelle, sondern daneben auch personenbezogene Bekämpfungsansätze entwickelt werden. Das Vorhaben war bereits vor den aktuellen Ermittlungen zur rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ von den zuständigen Fachgremien der IMK initiiert worden. Eine entsprechende IMK-Beschlussfassung soll noch in diesem Jahr herbeigeführt werden.

20. Abgeordnete
Petra
Pau
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzung der Aufgaben der IGR, die in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/11545 so beschrieben worden sind: „Zu den Aufgaben der von den Innenministern des Bundes und der Länder Ende 1992 eingerichteten IGR zählt die Fortschreibung bestehender und Entwicklung neuer Beobachtungs- und Bekämpfungskonzepte gegen rechtsextremistische bzw. -terroristische Gewaltakte sowie die Intensivierung des diesbezüglichen Erkenntnisaustauschs zwischen den Beteiligten Behörden“?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 23. November 2011

Die IGR hat zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Erkenntnisaustausches der in Bund und Ländern zuständigen Behörden im Allgemeinen beigetragen. Mit der Überführung in die KG PMK-rechts wird auch den aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen.

21. Abgeordneter
Stefan
Schwartz
(SPD)
- Warum hält die Bundesregierung an der Individualförderung bei der Organisation der Integrationskurse fest?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 21. November 2011

Die Organisation der Integrationskurse orientiert sich nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns an den Bedürfnissen und an den Vorkenntnissen der Teilnehmer. Es ist dabei auf der Grundlage der Individualförderung ein flexibles Kursangebot geschaffen worden, das den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden soll. Bei entsprechendem Bedarf können gemäß § 13 der Integra-